

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:212840-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Rückersdorf: Personensonderbeförderung (Straße)
2017/S 106-212840**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Blindeninstitut Rückersdorf

Dachsbergweg 1

Rückersdorf

90607

Deutschland

Kontaktstelle(n): Blindeninstitut Rückersdorf – Schule am Dachsberg – Herr Remus/Frau Gahbler

Telefon: +49 91195770

E-Mail: rueckersdorf@blindeninstitut.de

Fax: +49 9119577111

NUTS-Code: DE25

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.blindeninstitut.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Der Zugang zu den Auftragsunterlagen ist eingeschränkt. Weitere Auskünfte sind erhältlich unter: <http://www.blindeninstitut.de/de/rueckersdorf/rund-ums-institut/aktuelles-projekte/>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) Haupttätigkeit(en)

Bildung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Beförderung von schwerstmehrfachbehinderten, blinden oder sehbehinderten Schülerinnen und Schülern.

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

60130000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Gegenstand des Auftrags ist die Beförderung von schwerstmehrfachbehinderten, blinden und sehbehinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von ihrem Wohnort in die jeweilige Einrichtung und zurück. Die Beförderungsleistungen sind vom Auftragnehmer grundsätzlich an allen Schultagen in Bayern sowie teilweise während der Ferienzeiten bzw. im Rahmen von Internatsfahrten zu erbringen. Die Schülerinnen und Schüler sind zum Teil in Rollstühlen oder behindertengerechten Kindersitzen zu befördern. Sowohl die eingesetzten Fahrer als auch deren Begleitpersonen müssen mit dem Umgang schwerstbehinderter Personen vertraut sein (z. B. im Hinblick auf Einweisung und Versorgung im Notfall).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE259

Hauptort der Ausführung:

Landkreis Nürnberger Land.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand des Auftrags ist die Beförderung von schwerstmehrfachbehinderten, blinden und sehbehinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von ihrem Wohnort in die jeweilige Einrichtung und zurück. Die Beförderungsleistungen sind vom Auftragnehmer grundsätzlich an allen Schultagen in Bayern sowie teilweise während der Ferienzeiten bzw. im Rahmen von Internatsfahrten zu erbringen. Die Schülerinnen und Schüler sind zum Teil in Rollstühlen oder behindertengerechten Kindersitzen zu befördern. Sowohl die eingesetzten Fahrer als auch deren Begleitpersonen müssen mit dem Umgang schwerstbehinderter Personen vertraut sein (z. B. im Hinblick auf Einweisung und Versorgung im Notfall).

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 12/09/2017

Ende: 17/08/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Zu Abschnitt I.3) „Kommunikation“: Im Rahmen des Vergabeverfahrens macht der Auftraggeber den Bewerbern (bzw. Bietergemeinschaften), insbesondere zwecks Angebotsabgabe, vertrauliche Informationen zugänglich. Die Weitergabe solcher vertraulicher Informationen erfolgt erst und nur nach vollständiger Bearbeitung, Unterzeichnung und Rückgabe einer Verschwiegenheitserklärung an die o. g. Kontaktstelle.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen je nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem es niedergelassen ist, in einem – falls zutreffend – Berufs- und Handelsregister eingetragen ist.
- Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen alle gesetzlichen Voraussetzungen für die zu erbringenden Beförderungsleistungen erfüllt, d. h. insbesondere über die hierfür erforderlichen Genehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) verfügt.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens und den Umsatz des Unternehmens in dem Tätigkeitsbereich des verfahrensgegenständlichen Auftrags, jeweils bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre.
- Nachweis einer entsprechenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Vorlage mindestens einer Referenz über früher ausgeführte Personenbeförderungsleistungen (Beförderung von zeitgleich mindestens 20 schwerstmehrfachbehinderten Personen), Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts (mindestens dreijährige Erfahrung) sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers.
- Angabe der Fachkräfte (Fahrer und Begleitperson), die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht.
- Gültiges TÜV/DEKRA-Zertifikat „Sicherer Kranken- und Behindertentransfer“.
- Nachweis einer gültigen Zertifizierung nach DIN ISO 9001: 2015.
- Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber und die Führungskräfte des Unternehmens.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 10/07/2017

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/07/2017

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 10/07/2017

Ortszeit: 11:00

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Bieter und deren Bevollmächtigte sind nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen worden sind. Vgl. hierzu das Formblatt „Ausschlussgründe“, das mit dem Angebot einzureichen ist.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern

Postfach 606

Ansbach

91511

Deutschland

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutschland hat einen Empfangsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland zu benennen. Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten nennen. Der Antrag ist u. a. dann unzulässig, soweit:

(1.) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

(2.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

(3.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

(4.) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern
Postfach 606
Ansbach
91511
Deutschland

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

31/05/2017